



BERICHT



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

Dinner-Roundtable mit Thorbjörn Jagland zum Thema „The role of the Council of Europe in European cooperation“ am Mittwoch, 29. September um 19 Uhr 30 im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Einleitend betonte der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, dass der europäische Integrationsprozess nicht nur durch die EU, sondern entscheidend auch durch den Europarat geprägt worden sei. Ohne die Menschenrechtskomponente des Europarats hätte dieser Prozess nicht erfolgen können. Nach dem Ende des Kalten Krieges vor 20 Jahren hätten beide entscheidend zur Schaffung eines freien Europas beigetragen. Die EU habe einen beispiellosen Erweiterungsprozess gestartet und mit Hilfe verschiedener Partnerschaftsabkommen auch zur Stabilisierung seiner Nachbarländer beigetragen. Der Europarat wiederum habe als primäres Instrument für den demokratischen Übergang in den früheren kommunistischen Staaten fungiert und als „Akademie der Demokratie“ gewirkt. Ohne die Arbeit des Europarats hätte es weder eine EU- noch eine NATO-Erweiterung gegeben.

Gleichwohl sei man sich zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges bewusst, wie weit man sich noch vom Ziel eines freien und vereinten Europa befinde; Europa habe in den letzten zwei Jahrzehnten Kriege, Konflikte aber auch Rückschritte bei demokratischen Standards erlebt. Nach wie vor gebe es verschiedene „Europas“, ein Europa der Frustration, eines der Hoffnung, ein reiches und ein armes Europa.

Europa befinde sich im Wandel und habe mit dem Fall der Mauer eine der umfassendsten Umbrüche seiner Geschichte erlebt. Die Globalisierung verstärke diesen Prozess sowohl in der Gesellschaft als auch im politischen System. Konkret nannte Jagland drei Problembereiche für die Zukunft: Erstens den raschen Wandel der Gesellschaft und damit auch der politischen Systeme. Selbst die Sozialdemokratie in den skandinavischen Ländern sei im Wandel begriffen, zudem entstünden zahlreiche und oftmals extremistische Parteien. Zweitens sei ein Machtverlust des Nationalstaats zu beobachten: Die größten Herausforderungen für Europas Stabilität seien nicht die Beziehungen zwischen den Staaten sondern das Gefüge verschiedener Gruppen innerhalb der Länder. Soziale Spannungen böten einen guten Nährboden für radikale Bewegungen. Die Nationalstaaten hätten zudem bislang noch keine adäquate Antwort auf die Herausforderungen durch Zuwanderung gefunden. So müsse die aktuelle Roma-Diskussion als ein gesamteuropäisches Problem begriffen werden, für das eine gesamteuropäische Lösung gefunden werden müsse. Als dritten Problembereich nannte Jagland die veränderte Rolle internationaler Organisationen, wie des Europarats, der EU und der NATO; traditionelle Anreize, wie etwa die Aussicht einer Mitgliedschaft seien oft keine geeigneten Instrumente zur Förderung des demokratischen Wandels mehr. Diesem Wandel müssten sich die internationalen Organisationen anpassen.

BERICHT
EUROPABÜRO BRÜSSEL
SEPTEMBER 2010

www.eukas.eu

Jagland verwies hier auf die in seiner Amtszeit begonnenen Reformen und Einsparungen im Europarat: diese seien kein Selbstzweck gewesen, sondern sollten dazu dienen, den Europarat für künftige Aufgaben zu stärken.

Zudem bedürfe es eines neuen umfassenden Konzeptes, um Stabilität und Demokratie in Europa zu stärken. Ein solches sei „deep security“, ein Ansatz, welcher die Menschenrechte wieder stärker in den Fokus stellt. So müsse Demokratie jenseits der auf freien Wahlen basierten Institutionen tiefer verankert werden; Grundwerte, wie die Meinungsfreiheit müssten gestärkt werden. Diese Werte bildeten die Basis für die gemeinsame Sicherheit, die Stärkung demokratischer Institutionen und damit der Stabilität Europas. Neue Herausforderungen für die Sicherheit wie organisierte Kriminalität und Menschenhandel bedürfen neuer Antworten; diese könnten weder auf militärische Weise noch durch die Nationalstaaten allein gelöst werden. Auch die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit sei überholt. Zudem müsse nicht mehr die Sicherheit der Staaten, sondern die Sicherheit des Individuums im Fokus stehen. Hier verwies Jagland auf die am folgenden Tag statt findende Gründung einer „Group of eminent Persons“ im Europarat, die unter Vorsitz von Joschka Fischer und mit Unterstützung der türkischen Regierung eine tiefgründige Analyse aktueller politischer Entwicklungen in Europa und ihrer Ursachen vornehmen soll. Auf der Grundlage der Arbeit dieser Gruppe soll das Konzept der „deep security“ weiter ausgestaltet werden.

Abschließend äußerte sich Jagland zur Stärkung der Zusammenarbeit von EU und Europarat. Bereits jetzt arbeite man sehr eng mit der EU bei der Lösung der Verfassungskrisen in Moldawien und Bosnien-Herzegowina zusammen. Der Europarat sei auch bereit, seine Expertise bei einer Lösung der Kosovo-Frage einzubringen. Für die Stärkung des Konzepts der „deep security“ müsse zudem die paneuropäische Zusammenarbeit weiter intensiviert werden. Deshalb sei der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention sehr wichtig. Dieser würde die paneuropäische Zusammenarbeit stärken und könnte der Ausgangspunkt für eine neue Partnerschaft zwischen EU und Europarat sein. Offizielle Gespräche würden seit Juli geführt. Der Beitritt wäre ein historischer Schritt für die europäische Integration: Dies würde die Grundlagen für ein Europa der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit schaffen, das Rechtssystem der EU unter externe unabhängige Kontrolle stellen, Lücken im Rechtsschutz der europäischen Bürger schließen und die EU auf eine Stufe mit den Mitgliedstaaten stellen.

Diskussion

Im Rahmen der Diskussion warb Jagland für eine enge Zusammenarbeit von Europarat und EU bei der Roma-Strategie: Die EU habe die finanziellen Ressourcen, der Europarat habe in diesem Bereich eine große Expertise.

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

SEPTEMBER 2010

www.eukas.eu

Für den EU-Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention müssten noch zahlreiche Modalitäten bzgl. der Vertretung der EU in den verschiedenen Institutionen, etwa in der Parlamentarischen Versammlung noch geklärt werden.

Jagland betonte auch die Notwendigkeit einer engeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft; bislang sei vor allem die „organisierte“ Zivilgesellschaft vertreten; entsprechende Reformen zu einer breiteren Erfassung zivilgesellschaftlicher Akteure würden derzeit vorbereitet

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschuss des türkischen Parlaments, Murat Mercan, betonte, die Bedeutung des Europarats für die Reformen in der Türkei. Gleichzeitig bemängelte er, dass Länder mit zweierlei Maß beurteilt würden.

Olaf Wientzek